

Völkische Arbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Hattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Er erscheint alle acht Tage
Abonnement: bei allen Postämtern.
Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b
Fernsprecher: Amt Vorplatz Nr. 2120
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G., Berlin, Wallstraße 6.
Postkonten der Bank: Berlin 359.

Der 12. deutsche Gewerkschaftskongress III.

Punkt 5 der Tagesordnung, die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses zur Wirtschaft, bildete den Höhepunkt der Tagung. Hierzu waren zwei Referenten vorgesehen, Professor Dr. Hermberg, Leipzig, und H. Jädel, der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes.

Zuerst sprach Dr. Hermberg. Er suchte die Ursachen zu ergründen, warum die deutsche Wirtschaft nicht recht aus der Stagnation herauskommt. Er widerlegt insbesondere die Behauptung deutscher Unternehmer, sie hätten größere Kosten zu schleppen als die Unternehmer der Schweiz, Englands und Amerikas. Daneben zählt man in Deutschland viel geringere Löhne als in den anderen Ländern. In Deutschland ist der Stundenlohn durchschnittlich um 35 Pf. für den gelernten und um 20 Pf. für den ungelernten Arbeiter geringer, das ist pro Kopf eine Ersparnis von 640 Mk. pro Jahr = 8 Milliarden bei 13 Millionen Industriearbeitern. Selbst wenn bei dieser Rechnung Fehlerquellen bis zu 50 v. H. ein-gestellt werden, bleiben immer noch 4 Milliarden, welche die deutschen Unternehmer gegenüber der Konkurrenz voraushaben. Die Schwierigkeit der deutschen Industrie liegt auch nicht in der Beschaffung von Rohstoffen, sondern mehr in der Schwierigkeit des Warenabflusses.

Der Redner sucht auch den Nachweis zu führen, daß der Warenabfluß bereits wieder den Umfang der Vorkriegszeit in jenen Ländern erreicht hat, wo unser politischer Einfluß am geringsten sei. So in Japan, in Britisch-Indien, China, Mexiko, Afrika, Amerika usw. Als eigentliche Ursache der Unfähigkeit der deutschen Industrie, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, bezeichnet Dr. Hermberg die techn. und organisatorische Rückständigkeit der Betriebe und die übermäßig hohe Belastung mit Zinsen- und Steuern. Das Endziel der Gestaltung der Wirtschaft müsse durch die Arbeitenden erreicht werden. In der Gegenwart könne von einer bewussten Wirtschaftsführung nicht gesprochen werden, es sei keine Führung vorhanden und Beteiligung an einer Betriebsführung sei noch nicht Beteiligung an der Wirtschaftsführung. Die Gewerkschaften wären die einzigen Wirtschaftsorganisationen unserer Zeit, deren Ziele nicht bloß engherzige Interessen eines Standes erstreben. Sie sind die einzige wirtschaftliche Macht im Kampfe gegen einen einseitigen Wirtschaftsmechanismus, welcher die Menschen bedrückt und zermalm.

Der zweite Referent Jädel behandelt das Thema der Wirtschaftsdemokratie. Das Unternehmertum sei nicht mehr fähig, das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe zu beherrschen. Die Krisen und Störungen nehmen kein Ende. Die Abfahrschwierigkeiten fordern gebieterisch Steigerung der Arbeitsergebnisse. Nicht mechanische Taylorisierung, sondern nur Steigerung der Energie, der Persönlichkeit führen zum Erfolg. Das aber ist unmöglich in Betrieben, wo der Unternehmer autokratisch herrscht. Voraussetzung ist eine Betriebsführung, die mindestens den Weg zur Demokratie bereitet und danach hinführt, der Arbeiterbetriebsleitung die Gleichberechtigung zu gewähren. Ausländische Unternehmer sei das längst gelangte, den Deutschen jedoch noch völlig fremd, diese wollen nicht von ihren alten Scharfmachermethoden lassen.

Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet Ueber-gang zu einer höheren Wirtschaftsform. Dieser Weg wurde, streng genommen, bereits 1898 durch den ersten Tarifvertrag der deutschen Buchdrucker einge-schlagen, wo zum ersten Male das Hausrecht des Unternehmers zurücktrat hinter die kollektive Verein-barung zwischen den Vertretern der Vertragsparteien. Angewiesen sind wir bis zum Betriebsrätegesetz gekommen, das trotz aller Unvollkommenheiten neue Wege in die Zukunft weist und manche Erfahrung gebracht hat. Den Unternehmern paßt das natürlich nicht, daher ihr Geknecht über die Tätigkeit der Be-

triebsräte, weil diese angeblich den Betrieb stören. Die weitere Demokratisierung der Betriebe kann nur erreicht werden in stetem Kampfe mit dem Unternehmertum, sie ist nur das Resultat gesteigerter intellektueller Macht und politischen Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gehehnisse.

In der Diskussion über beide Referate sprach zunächst Ellinger über die Bedeutung der sozialen Hauptbetriebe in der deutschen Wirtschaft. Trotz aller Hindernisse beständen zurzeit 181 selbständige Unternehmen, die 25 000 Arbeiter und Ange-stellte beschäftigten. Der Umsatz betrug im Jahre 1924 50 Millionen Mark. Es sei bereits gelungen, die bisherige Lohnpolitik der Gewerkschaften durch eine aktive Preispolitik zu ergänzen. Ihr Ziel sei indes, den Arbeiter vom Objekt zum Subjekt der Wirtschaft emporzuheben, bis zum demokratischen Sozialismus.

W. Eggert bestritt die Ausführungen des Prof. Hermberg betreffs der Wirtschaftsführung, indem er auf die Maßnahmen der Unternehmervereinigungen hinwies, welche die Politik der Regierung besonders in Zoll- und Steuerfragen bestimmten und dadurch die Wirtschaft beeinflussen. Von einer national gerichteten Wirtschaftspolitik der Unternehmer könne indes keine Rede sein, denn sie verkaufen z. B. Eisen und Stahlwaren zu billigeren Preisen im Ausland als im Inland und treiben ganz einseitige Profitwirtschaft. Sehr beachtet wurden die Ausführungen von Tarnow, welcher nachwies, daß die deutsche Wirtschaft durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht geschädigt worden ist, wie von Unternehmern stets behauptet wird. Die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften liege zugleich im Interesse des ganzen deutschen Volkes, das haben die Ausführungen Prof. Hermbergs mit aller Deutlichkeit bewiesen. Er wendet sich dann gegen die Illusionen, daß durch Ergreifung der politischen Macht schon am nächsten Tage eine grundlegende Änderung in der Wirtschaft eintreten könne. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeiter so zu führen, daß die Massen den Fortschritt täglich spüren. Es gilt das Ziel in greifbare Nähe und nicht in nebelhafte Ferne zu rücken. Hierzu bildet die Wirtschaftsdemokratie eine Stütze.

Dihmann erklärt, auf kapitalistischer Grundlage sei eine wahre Wirtschaftsdemokratie unmöglich. Die heutigen Wirtschaftsführer sind unfähig, die wahren Zusammenhänge zu erkennen, daher ihre Ratlosigkeit gegenüber dem Krisenproblem und der Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten. Dem müssen die Gewerkschaften die Forderung der sozialistischen Wirtschaftsordnung entgegenstellen, als Aufgabe der nächsten Zukunft.

Unser Kollege Galm sprach zu dieser Frage sehr objektiv und erzwang sich die Aufmerksamkeit des Kongresses. Natürlich erwartet er nichts von einer Wirtschaftsdemokratie mit den Unternehmern, sein Standpunkt ist die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur auch in der Wirtschaft. Aus den Ausführungen von Prof. Hermberg und aus einem Artikel von Rob. Schmidt in der "Arbeit" suchte Galm den Nachweis zu führen, daß diese auch mit seiner Auffassung konform gehen. Umbreit wandte sich gegen die Anträge, welche Errichtung von Arbeiterkammern fordern. In erster Linie brauchen wir paritätische Wirtschaftskammern, um Einfluß auf die industrielle Entwicklung und den Gang der Wirtschaft zu erlangen. Die Unternehmer freilich wollen uns auf den Weg der reinen Arbeiterkammern drängen, weil sie wissen, daß sich dort der Einfluß der Arbeiterkraft nicht durchsetzen kann. Nur durch paritätische Beteiligung in Arbeitskammern schaffen wir uns den Einfluß, in großen Wirtschaftsfragen gehört zu werden und mitzubestimmen.

Sehr wirkungsvoll waren Ausführungen von Robert Schmidt, der nachwies, mit welcher Energie die Unternehmer ihre Ziele zu verwirklichen wissen. Die Unternehmerverbände besitzen eine gut geregelte Führung und die vorhandenen Interessengegensätze werden durch interne Verhandlungen und Aushandel beigelegt. Dem Kollegen Galm wies er an Hand

des Berichtes der englischen Gewerkschaftsdelegation in Rußland nach, daß in Rußland, trotz der angeblich reinen Arbeiterregierung, von einer Wirtschafts-demokratie keine Rede sein könne. Nach dem Bericht sei der Einfluß der Betriebsräte seit langem auf ein Drittel der gesetzlich vorgesehenen Muster zurück-ge-schraubt worden. Auch in Rußland konnte man die kapitalistische Wirtschaftsform nicht einfach über-springen, man ist zu ihr zurückgekehrt. Es gibt keinen anderen Weg als Anteilnahme der Arbeiter-schaft an der Leitung und Durchführung des Pro-duktionsprozesses. Der Weg zum sozialen Staat führt über die Station der Wirtschaftsdemokratie.

Im Schlusswort betonte Prof. Hermberg beson-ders, daß er unter einheitlicher Wirtschaftsführung die Wahrnehmung der Interessen des gesamten Volkes, also den Sozialismus verstehe. Was hier Wirtschaftsführung genannt wurde, sei nur bewußte und erfolgreiche Wahrnehmung der Interessen ver-schiedener Erwerbsgruppen. Er betont mit Tarnow die Notwendigkeit der Führung des täglichen Kampfes. Es sei aber theoretisch gefährlich ein Erlas-ziel aufzustellen und recht in die Nähe zu rücken. Wer nicht die Kraft besitzt, für ein fernes Ziel zu arbeiten, kann bei uns nicht Kämpfer sein. Auch Betriebsdemokratie, wenn sie in absehbarer Zeit er-reichbar wäre, sei noch lange nicht Wirtschaftsdemo-kratie. Wenn die Arbeiter ihren Blick nicht weiter richten, würden sie nur neue Enttäuschungen erleben, falls die Wirtschaftsstruktur nur sehr geringe Ände-rungen erhält.

Hierzu lagen längere Entschlüsse vor, die wir bei den beschränkten Raumverhältnissen nur kurz im Auszug behandeln können. Nach eingehender Begründung und Schlichtung des jetzigen Standes der Weltwirtschaft wendet sich die Entschliessung gegen die Bestrebungen der Unternehmer, welche sich durch Schutzzölle, Kartelle und Konzerne auf dem Inlandsmarkt eine Monopolstellung geschaffen haben, um die breiten Massen des Volkes nach Gefallen ausplündern zu können. Es heißt darin: "Nicht niedrige Löhne und lange Ar-beitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, rationelle Pro-duktionsmethoden und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirt-schaftlichen Aufstieg und die Wett-bewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt."

Alle Versuche, den deutschen Markt von der Auslandskonkurrenz abzuschließen und die Löhne der deutschen Arbeiter auf ihren gegenwärtigen Stand zu binden, sind durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu bekämpfen.

Der zweite Teil der Entschliessung enthält die Forderungen zur Demokratisierung der Wirtschaft. Der Kongress verpflichtet alle Gewerkschaftsmitglieder und ihre Organe (zentral, bezirklich, lokal) zu inten-siver Tätigkeit in allen in Betracht kommenden Körperlichkeiten des Reiches, der Länder, der Gemeinden. Ferner zur Förderung der Arbeiter-konsumgenossenschaften und ihrer Eigenproduktion, sowie aller Einrichtungen, die geeignet erscheinen, die Wirtschaftsdemokratie herbeiführen zu helfen. Es wurden dann folgende Forderungen aufgestellt:

Der Kongress fordert vom Reiche, von den Ländern und den Gemeinden:

1. Volle Durchführung der Anerkennung der Gewerkschaften, die als Sachverwalter der Arbeitskraft innerhalb der Wirtschaft gleich-berechtigt mit den Unternehmern an dem Wirtschafts-ausbau und der Wirtschaftsführung entsprechend dem Wortlaut und Geist des Artikels 165 der Reichsver-fassung zu beteiligen sind.
2. Sogleichige Umgestaltung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einem wirtlichen und organisch aufgebauten Wirtschafts-parlament; sogleichige Errichtung von Bezirkswirtschafts-räten entsprechend dem Artikel 165 der Reichs-verfassung.

3. Schleunige Errichtung paritätisch von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.

4. Errichtung von Selbstverwaltungsorganen nach Artikel 156 der Reichsverfassung für alle Industrien mit zweckmäßiger Gliederung nach Bezirken und Branchen.

5. Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Produktionsstatistik sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirtschaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die Ursachen der Wirtschaftskrisen. Die Gewerkschaften sind an diesen Aufgaben zu beteiligen.

6. Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren Bildungsinstitutionen zum Zweck der Vermittlung der Wirtschaftswissenschaften in Theorie und Praxis. Subventionierung der von den Gewerkschaften geschaffenen Bildungsstätten.

7. Erhaltung und Förderung der im Besitz von Reich, Ländern und Gemeinden befindlichen Wirtschaftsbetriebe; systematische Steigerung der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen Bedarfsartikeln mit Hilfe solcher öffentlichen, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Betriebe.

8. Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauter gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften.

9. Planmäßige Unterfütterung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.

10. Eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften planmäßig durchgeführte Schulung und Unterweisung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, besonders der Betriebsräte, über Organisation und Technik der einzelnen Betriebsabteilungen und über die Zusammenhänge der Abteilungen eines Betriebes untereinander, über den Zusammenhang der Betriebe in Konzerngebilden und über die besonderen Aufgaben der einzelnen Betriebe im Rahmen des Konzerns, über etwa bestehende Verbindungen und Zusammenhänge des Konzerns mit anderen Konzernen und über deren Zweck und Nutzen, über Konventionen, Kartelle, Sympilate oder ähnliche Gebilde, ihren Zweck und Inhalt und ihr Wirken.

11. Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte.

Nur 14 Stimmen waren gegen diese Entschließung, die sich nicht für Arbeitskammern, sondern für reine Arbeiterkammern erwärmen konnten.

Weiter fand eine längere Entschließung einstimmige Annahme, welche die Forderungen enthält zur Frage der Berufskammern und dem Reichswirtschaftsrat. Es wird darin darauf verwiesen, daß in den letzten 6 Jahren keinerlei Schritte seitens der Regierung erfolgt sind, um die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene gleichberechtigte Mitwirkung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der Entwicklung der produktiven Kräfte, seitens der Arbeiterschaft zu verwirklichen.

Jede Mitwirkung der Arbeiterschaft an den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern ist unterbunden. Die Regierungen folgen nur den Wünschen der Unternehmer und unterstellen sich ihrem Einfluß. Der Entwurf einer Reichs-Handwerkersordnung ist fertiggestellt und verbreitet worden, ohne daß der Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben wurde zu dem Entwurf Stellung zu nehmen resp. Wünsche zu äußern. Der Kongreß erhebt deshalb erneut die Forderung nach paritätischer Ausgestaltung der amtlichen Berufsvereinigungen.

Auch der Reichswirtschaftsrat in seiner jetzigen Gestalt muß umgebaut und der Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung eingeräumt werden.

Im Punkt 4 der Tagesordnung referierte Hermann Müller vom Bundesvorstand über die Sozialgesetzgebung. Er betont, daß die Sozialpolitik im wesentlichen viel von den jeweils herrschenden Machtverhältnissen abhängig ist. In den letzten Jahren haben wir auf diesem Gebiete Rückschlüsse erlebt, die Unternehmer fordern Abbau der Sozialgesetze. Müller bespricht das Tarifwesen, das Schlichtungswesen, das Arbeitsgerichtsrecht, die Arbeitslosenversicherung, das Krankenversicherungswesen und fordert die Vereinheitlichung der Sozialversicherung, welche kaum noch zu übersehen ist in ihrer jetzigen Beschaffenheit.

Eine Entschließung zur Sozialgesetzgebung wird in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert von neuem den Aufbau eines einheitlichen, wirklich sozialen Arbeitsrechts. Er behauptet auf das lebhafteste, daß die Vorarbeiten für ein Gesetzbuch der Arbeit eingestellt sind, und daß die Gesetzgebung der neueren Zeit nicht auf Vereinheitlichung des Arbeitsrechts, sondern auf Vermehrung der Zersplitterung eingestellt ist.“

Als besonders dringend erachtet der Kongreß die Schaffung eines Arbeitsvertragsgesetzes, eine den Interessen der Arbeitnehmer entsprechende einheitliche Zusammenfassung aller den Arbeitsvertrag betreffenden Bestimmungen unserer Gesetzgebung; ebenso die Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes, das aufgebaut ist auf den im § 165 der Reichsverfassung und im § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ausgesprochenen Grundsätzen, daß nur die Gewerkschaften die Träger kollektiver Vereinbarungen mit tariflicher Wirkung sind.

Der Gewerkschaftskongreß protestiert gegen die durch das gegenwärtige Schlichtungswesen geschaffene Beschränkung des Koalitionsrechts, er fordert größere Sicherungen bei Verbindlichkeitsurteilen und Beseitigung der Hemmungen bei der Durchführung von Streiks.

Der Kongreß fordert die baldige Verwirklichung der Arbeitsgerichte als Sondergerichte unter maßgebender Beteiligung der Arbeitnehmer.

Der bekanntgewordene Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes entspricht aber nicht den berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft. Im Verlaufe der Stellung des Leipziger Gewerkschaftskongresses beauftragt der Kongreß den Bundesvorstand, bei der endgültigen Fertigstellung des Gesetzes im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung fordert der Kongreß die schnellste Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, durch deren Leistung den Erwerbslosen eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu gewährt ist, auf die der Erwerbslose einen Rechtsanspruch hat. Die Versicherung muß alle Arbeitnehmer erfassen, und ihre Durchführung muß einheitlich in engster Anlehnung an den öffentlichen Arbeitsnachweis und in ständiger, bezirkslicher und zentraler Gliederung unter paritätischer Selbstverwaltung erfolgen. Soweit Notstandsarbeiten ausgeführt werden, ist den hierbei Beschäftigten der für Arbeiter gleicher Art geltende Tariflohn zu zahlen.

Durch das Verlangen einer Arbeitslosenversicherung läßt der Kongreß die alte Forderung auf Vereinheitlichung der Sozialversicherung unberührt. Er erhebt sie vielmehr aufs neue. Er verlangt, daß die Arbeitslosenversicherung so eingerichtet wird, daß sie sich in das Gebäude einer allgemeinen Sozialversicherung einfügen läßt.

Von der Vereinheitlichung der Sozialversicherung erwartet der Kongreß nicht lediglich den organisatorischen Zusammenschluß der verschiedenen Versicherungszweige, sondern auch die Erweiterung des Kreises der Versicherten und den Ausbau der heute vielfach unzulänglichen Leistungen.

Eine gemeinsame Entschließung zur Wochenhilfe wendet sich gegen die Absicht der Reichsregierung, eine erhebliche Verschlechterung der bisher geltenden Bestimmungen der Wochenhilfe vorzunehmen, wie sie in dem dazu vorgelegten Referentenentwurf zum Ausdruck kommt.

Die Entschließung zum Reichs-Handwerkersgesetz protestiert gegen die geplante gesetzliche Einführung des allgemeinen Innungszwanges und die Verschärfung des öffentlich-rechtlichen Charakters an Innungen und Fachverbände, wodurch eine rechtliche Benachteiligung der auf freiwilligen Beitritt begründeten Arbeitnehmerorganisationen eintritt. In der Überweisung der Regelung der Lehrlingsausbildung an die Zwangsinnungen und der Beaufichtigung durch die Handwerkskammern sieht die Entschließung eine abzumahnende Vorwegnahme des längst in Aussicht gestellten Berufsausbildungsgesetzes. Sie fordert schließlich die Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter zu den weiteren Vorarbeiten für diese Gesetze.

Einstimmig angenommen wird schließlich noch folgender Antrag des Metallarbeiterverbandes Chemnitz, der Härten bei Entlassung von Arbeitern und Angestellten zu mildern beabsichtigt:

„Der 12. ordentliche Gewerkschaftskongreß in Breslau beauftragt den Bundesvorstand, sich mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen und dahin zu wirken, daß der § 128 der Gewerbeordnung, Absatz 8, dahin abgeändert wird, daß unbillige Härten vermieden werden.“

Die Organisationsfrage wurde durch eine Kompromißresolution erledigt, in welcher der Leipziger Beschluß betreffs Schaffung von Industrieräteverbänden erneuert wird. Die Bundesbeschlüsse haben entsprechende Veränderungen erfahren. Insbesondere sind folgende Verschärfungen von Bedeutung:

1. Bei Lohnbewegungen, die mehrere Gewerkschaften umfassen oder in ihrem Verlauf voraussichtlich in Mitleidenschaft ziehen können, ist es Pflicht der beteiligten Gewerkschaften, sich rechtzeitig vorher

gegenseitig zu verständigen oder über deren Durchführung zu einigen.

2. Bei gemeinsamen Lohnbewegungen in solchen Industrien, in denen Mitglieder mehrerer Verbände beschäftigt sind, obliegt die Führung der Bewegung der mit der Mehrheit der Mitglieder beteiligten Gewerkschaft.

3. Treten nur die Angehörigen eines Berufes für sich allein in eine Lohnbewegung, so hat deren Verband rechtzeitig vorher die führende Organisation in Kenntnis zu setzen, um eine Verständigung unter den beteiligten Verbänden herbeizuführen. Da bei jeder Teilbewegung, besonders bei einem Teilstreit, die Gefahr besteht, daß die Gesamtheit der Beteiligten mit hineingezogen wird, ist es unbedingt Pflicht jeder Berufsgruppe, bei ihrem Vorgehen auf die übrigen Organisationen und die Interessen der Gesamtheit Rücksicht zu nehmen.

4. Keine Gewerkschaft darf festbändig für sich allein ihre Forderungen aufstellen, ehe sie nicht mit den übrigen beteiligten Verbänden eine entsprechende Verständigung versucht hat.

5. Beht die führende Organisation die Unterstützung eines nicht genehmigten gemeinsamen Streiks ab, so dürfen auch die anderen mitbeteiligten Gewerkschaften keine Unterstützung zahlen.

6. Läßt eine Berufsgruppe es an der gebührenden Rücksichtnahme auf das Interesse und die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird.

Ueberschauen wir am Schluß unseres Berichtes kurz die Resultate der Breslauer Tagung, so kann zusammenfassend gesagt werden, daß der Kongreß hat eine gute Arbeit geleistet. Er hat wiederum den Beweis erbracht, daß die deutschen Gewerkschaften trotz aller Unruhen, die in den letzten Jahren über sie hereinbrachen, ungebeugt und zielbewußt ihren Weg verfolgen. Die deutschen Gewerkschaften stehen wieder geschlossen und machtvoll in der Kampffront gegen das privatkapitalistische Wirtschaftssystem. Voraussetzungen werden die Beschlüsse von Breslau auch die Wirkung haben, die Periode der äußeren und inneren Kämpfe, die in den letzten Jahren die Gewerkschaften so oft von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt haben, zu einem gewissen Abschluß zu bringen.

Daß wir der Einigkeit und Geschlossenheit in unseren Rängen dringend bedürfen, das zeigt uns sinnfällig die Haltung der Arbeitgeberverbände und das Vorgehen der großen kapitalistischen Wirtschaftskräfte, welche bemüht sind, die Regierung und ihre Politik zu ihrem speziellen Vorteil und Nutzen zu beeinflussen. Es ist also nicht daran zu denken, daß wir einer Periode schiefläufiger Entwicklung in den nächsten Jahren entgehen können. Solange die Beschlüsse und Richtlinien, die in Breslau aufgestellt wurden, verwirklicht und eingehalten werden, so müssen wir uns auf eine zähe und beharrliche Tätigkeit einstellen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, als ob die Demokratisierung der Wirtschaft etwa leicht zu erreichen sei. Sie ist ein Problem und ein Ziel zugleich, um welches heftig gekämpft werden muß und das auch nicht im Handumdrehen gelöst werden kann, selbst wenn es gelang, die politische Macht zu erobern. Ueber diesen Punkt muß der Gewerkschaft noch vieles gesagt werden.

Ein Wort noch über die großartigen und kaum zu überbietenden Veranstaltungen der Breslauer Arbeiterschaft. Außer den bereits am Anfang dieses Berichtes geschilderten Eröffnungsfeiern war auch die Schlussfeier von unvergleichlichem Eindruck auf alle Teilnehmer. Nach Schluß des Kongresses fand eine Besichtigung der Jahrhunderthalle, des größten existierenden Rappelsaales mit ihrer Riesenglocke und kleineren Gegenorgel statt, die zu Ehren der Demokraten gespielt wurden.

Zwischendurch hatten sich die Breslauer Gewerkschaften und alles, was zur modernen Arbeiterschaft gehört, aufgestellt und der Aufmarsch der Demokratie begann. Es wurde fast zehn Uhr, bis die gewaltigen Menschenmassen, die von über 3000 Fackelträgern begleitet wurden, aufgestellt genommen hatten. In der Jahrhunderthalle liegt das imposante Hauptrestaurant, vor ihm der See, umrahmt von einer Pergola (Säulengang in Stufenform), die wiederum von herrlichen Parkanlagen umtränzt wird. Eine Anlage so wunderschön, wie sie kaum zum zweiten Male in einer Großstadt zu finden ist. Und hier spielte sich ein wahrhaft märchenhaftes Bild ab. Turner und andere Vereine stellten wunderbare Gruppenbilder, beleuchtet von Bunifuer und Edelsteinern. Zum Schluß wurde ein Feuerwerk abgebrannt. Kurz, die Veranstaltung gab dem Gewerkschaftskongreß einen Abschluß, der die Breslauer Arbeiterschaft in einer Geschlossenheit zeigte, die wahrhaft erbebend war und allen Teilnehmern unvergessen bleiben wird.

Alles in allem, Verlauf und Ausgang des Kongresses in Breslau zeigen uns die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung wieder kampfbereit und geschlossen, zum Kampfe gerüstet gegen alle Reaktion.

Die Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tapezierer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stk. Hamburg)

Am 30. August bis 1. September 1925 in Erfurt ihre 15. ordentliche Generalversammlung ab. 24 Delegierte vertraten 118 Zweigstellen der Kasse; der Vorstand war durch den Vorsitzenden und Kassierer, der Aufsichtsrat durch seinen Vorsitzenden vertreten. Als Gast und Vorstandsmitglied nahm E. Brunwaldt-Hamburg einige Zeit an den Verhandlungen teil, lebhaft begrüßt von der Generalversammlung.

Der Bericht des Vorstandes über die Geschäftsperiode 1921/24 brachte den Nachweis, daß auch in der schwersten Inflationszeit die Kasse ihre Aufgaben erfüllt hat aus eigener Kraft. Durch vierteljährliche Umschüttung von Beitrag und Leistung in der Zentralkasse wurde der raschen Geldentwertung unter Ausbeutung aller Kräfte Rechnung getragen; nach Festlegung der Währung im November 1923 wurden sofort durch Umstellung von Beiträgen und Leistungen auf Goldmark die nötigen Unterlagen für die erfolgreiche Weiterarbeit geschaffen. — Am 1. Juli 1924 wurde durch einen erneuten Satzungsantrag aller Wähler der Inflationszeit hinweggeräumt, den Wünschen der verheirateten Mitglieder auf Einführung der Familienversicherung Rechnung getragen.

Der Revisionsbericht stellte fest, daß Geschäfts- und Kasseneinführung stets in bester Ordnung befanden wurden, daß ein Vermögen der Kasse von 54 778,92 Reichsmark bereits wieder vorhanden ist. — Alle Aufwertungsanträge aller Bestände sind gestellt, so daß weitere 35 000 Rmk. als Aufwertung zu erwarten sind. Damit verfügt die Kasse über Werte von rund 90 000 Reichsmark; ein Drittel des früheren Reservefonds ist damit bereits wieder erreicht. — Die Mitgliederzahl ist auf rund 6500 wieder angewachsen; davon ist die Hälfte in der Erfurt- oder Zuschußabteilung versichert.

Auch für die besondere Zentral-Sterbefasse, in der an 700 männliche Krankentafelmitglieder und rund 1500 Ehefrauen der Krankentafelmitglieder in ein bis dreifacher Versicherung gegen Todesfall noch extra versichert sind, weist der Bericht eine günstige Entwicklung auf. — Das Vermögen dieser Kasse einschließlich des aufzuwertenden Teiles ist auf rund 18 000 Rmk. wieder angewachsen; hier ist fast die Hälfte des früheren Vermögensbestandes wieder erreicht. Alle Sterbegelder wurden ab 1. Januar 1924 wieder nach Goldmark in alter Zahlungshöhe gezahlt.

Die Generalversammlung erkannte dankbar die in dieser schweren Geschäftsperiode geleistete Arbeit des Vorstandes und aller Funktionäre an und stimmte einstimmig dem Antrage auf Entlastung des Vorstandes zu.

Ueber die Verschmelzungsbestrebungen mußte der Vorsitzende Meyn berichten, daß auch in dieser Berichtszeit keine Fortschritte erzielt sind. Unsere Kasse war auf der 1922 in Dresden tagenden Generalversammlung der Zentral-Krankentafel der Sattler, Portefeulleur und Berufsgenossen Deutschlands vertreten und warb dort für den Zusammenschluß beider Kassen. — Trotzdem fanden weitere Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage zwischen den Vorständen nicht statt. Die Einladung zu unserer Generalversammlung lehnte der Vorstand der Sattlerkasse ab; auf Grund seiner unveränderten Stellung zur Erfurt-Kassenfrage hielt er eine Delegation nach Erfurt für zwecklos, womit leider die Brücken zur weiteren Verhandlung abgebrochen sind. — In scharfer Debatte wurde das weitere Nebeneinanderbestehen beider Berufszustantentafeln im Hinblick auf die geringe Berufszustantentafel als unzumutbar betrachtet. Der jetzt erfolgte Zusammenschluß der Erfurt-Kasse der Zimmerer Deutschlands mit der Zuschußkasse der Bauarbeiter Deutschlands beweist, daß in anderen Arbeiterkreisen über die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung veränderter Berufsklassen auch eine andere Auffassung besteht. Als Willensmeinung stimmte die Generalversammlung folgender, von Gsch-Frankfurt eingebrachten Resolution einstimmig zu: „Die 15. Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands erklärt, daß sie nur unter Beibehaltung der Erfurtabteilung eine Verschmelzung mit der Zentral-Krankentafel der Sattler, Portefeulleur und Berufsgenossen Deutschlands anstreben kann.“

Die Verschmelzungsbestrebungen, die jetzt in den Verbänden freier Krankentafeln organisiert werden, werden eingeleitet, wurden eingehend besprochen, die Stellungnahme des Vorstandes dazu gutgeheißen. Durch die Vertretung unserer Kasse im Vorstand dieses Verbandes, durch Teilnahme an der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Verbandes freier Krankentafeln werden alle Verschmelzungsbestrebungen laufend verfolgt.

Ueber den Aufbau unserer Familienversicherung referierte der Kassenvorsitzende. Eingehend auf die bisherigen Erfahrungen und auf die gestellten Anträge, verwies er darauf, daß die Familienversicherung noch nicht gezielte Regelleistung der Kassen sei, daß noch nicht alle Pflichtklassen diese Versicherung

eingeführt hätten. Dies bewirke auch den verschiedenen Aufbau der Familienversicherung in den einzelnen Kassenarten.

Es wurde beschlossen, bis zur gesetzlichen Regelung die Familienversicherung in unserer Kasse auf der freiwilligen Grundlage weiterzuführen zu lassen, da nach den bisherigen Erfahrungen das Bedürfnis nach dieser Versicherung in unseren Mitgliederkreisen im Reich sehr verschieden ist. Der soziale Einheitsbeitrag von 50 Pf. pro Woche wurde dafür beibehalten, die Leistungen der Familienversicherung nach den Anträgen des Vorstandes und Aufsichtsrats erweitert und beschlossen, mit dem Inkrafttreten der neuen Satzung auch die vollen Arztkosten für alle Familienangehörigen während der Bezugsberechtigung auf Kassenkosten zu übernehmen. Für die rechtzeitige Einführung und den guten Aufbau unserer Familienversicherung wurde dem Vorstand die Anerkennung ausgesprochen.

Alle Anträge auf Änderung von Beitrag und Leistung beider Abteilungen unserer Kasse wurden einer Satzungscommission, gebildet aus bewährten Vertretern aller Gauen, zunächst zur Beratung überwiesen. Die unter Hinzuziehung von Vorstand und Aufsichtsrat gefassten Kommissionsbeschlüsse, von Hartmann-München vertreten, fanden mit großer Mehrheit Annahme. Danach werden in der Erfurt-Abteilung zu den bestehenden sechs Beitragsklassen zwei weitere höhere Klassen eingeführt, in der Höchstklasse beim täglichen Grundlohn von 9 Rmk. ein Beitrag von 2,70 Mk. erhoben, dafür ein monatliches Krankengeld von 37,50 Mk. und ein Sterbegeld von 360 Mk. gewährt. Das Krankengeld wird auf die Dauer von 39 Wochen geleistet, das Sterbegeld nach zehnjähriger Mitgliedschaft um weitere 10 Proz. erhöht.

Eine Verbesserung der Krankenpflege, eine Ausdehnung der Familienwochenhilfe auf alle Mitglieder der Erfurtabteilung wurde beschlossen. Einmütig wurde auch anerkannt und beschlossen, daß nach dem gesetzlichen Anspruch auf das Arbeitslosengeld, des Beitrages auch unseren Erfurtermitgliedern, die unsere Kasse an Stelle der Pflichtkasse benutzen, das weitere Recht zur gleichzeitigen Benutzung unserer Zuschußabteilung zu geben sei. Die Versicherung in beiden Abteilungen unserer Kasse ist den Mitgliedern mit Inkrafttreten der neuen Satzung damit rechtlich gestärkt.

Für die Zuschußabteilung wurden die Beiträge nach dem Kommissionsantrag auf 45, 60 und 80 Pf. bemessen. Im Krankengeld soll das 21fache des Beitrags, im Sterbegeld das 120fache gewährt werden. Auch für diese Abteilung wird 39 Wochen Krankengeld geleistet, alle Sterbegelder nach zehnjähriger Mitgliedschaft um weitere 10 Proz. erhöht. In Anbetracht des erhöhten Versicherungsrückfalls und des schweren Arbeitsens in der letzten Zeit wurde beschlossen (um die Erhebung jeglicher Extrabeiträge nach Möglichkeit zu vermeiden), die erhöhten Leistungen der Zuschußabteilung am 1. April 1926 in Kraft treten zu lassen.

Nach einstimmiger Regelung der Angestelltengehälter nach Gruppe 8 der Reichsbesoldungsordnung wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Als Ersatzleute bei einem unerwarteten Auscheiden der Angestellten wurden gewählt: Hermann Gieseler und Willy Schröder, beide aus Hamburg. Der Ersatzvorsitz wurde nach den Vorschlägen der Hamburger Mitgliederversammlung bestimmt. Für den Aufsichtsrat lehnte O. Roencke-Berlin eine Wiederwahl ab, da nach dessen Ansicht das Zusammenarbeiten mit dem Vorstand in der letzten Geschäftsperiode für den Aufsichtsrat nicht zufriedenstellend gewesen sei.

Nach den Vorschlägen der Berliner Zweigstellen wurden darauf einstimmig in den Aufsichtsrat neu gewählt: R. Fieß, A. Kutscher, H. Ludwig, W. Osten und A. Thiele, sämtlich in Groß-Berlin. Als Ersatzleute wurden die in der Berliner Vorschlagsliste Genannten bestimmt.

Beschlossen wurde ferner, die neue Satzung ab 1. Januar 1926 in Kraft treten zu lassen und die nächste Generalversammlung 1929 nach Ebersfeld einzuberufen. Für die Mitglieder erscheint ein ausführliches Verhandlungsprotokoll der Generalversammlung. Der Erfurter Ortsverwaltung und allen Kollegen, die sich um die Generalversammlung bemüht wurde am Schluß der Verhandlungen der herzlichste Dank aller auswärtigen Kollegen ausgesprochen.

Dankbar wurde anerkannt, daß durch diese Bemühungen der Erfurter Kollegen der gute Verlauf der Generalversammlung gefördert wurde und auch frühliche, in kollegialer Weise verlebte Stunden für alle auswärtigen Kollegen eine freundliche Erinnerung an das schöne, alte Erfurt bleiben werden. Auch die 15. Generalversammlung war ein Markstein in der Geschichte unserer alten bewährten Berufskrankentafel. Die einmütig gefassten Beschlüsse werden allen Delegierten und Funktionären ein Ansporn sein, in ihrem Wirkungskreis für den weiteren Aufbau der Kasse zu wirken.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Änderung vom 1. Oktober ab.

Die Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn erfolgt ab 1. Oktober d. J. für jeden nach dem 30. September fällig gewordenen Arbeitslohn nach folgenden Bestimmungen:

Es bleiben steuerfrei:

80,— Mk. für einen Monat (50 Mk. als steuerfreier Lohnbetrag, 15 Mk. für Werbungskosten, 15 Mk. für Sonderleistungen),

10,20 Mk. für eine Woche,

3,20 Mk. für einen Tag.

Von dem diesen steuerfreien Betrag übersteigenden Gehalt werden ferner nicht versteuert je 10 Proz. für die Ehefrau, sowie für jedes zur Haushaltung gehörige minderjährige Kind bzw. jeden mittellosen Angehörigen. Es bleiben aber

10 Mk. im Monat für die Ehefrau,

(2,40 Mk. wöchentlich, 0,40 Mk. täglich)

10 Mk. im Monat für das erste Kind,

(2,40 Mk. wöchentlich, 0,40 Mk. täglich)

20 Mk. im Monat für das zweite Kind,

(4,80 Mk. wöchentlich, 0,80 Mk. täglich)

40 Mk. im Monat für das dritte Kind,

(9,60 Mk. wöchentlich, 1,60 Mk. täglich)

je 50 Mk. im Monat für das vierte und jedes weitere Kind,

(12,— Mk. wöchentlich, 2,— Mk. täglich)

steuerfrei, wenn der Gesamtbetrag dieser Mindestsätze höher ist, als der nach dem vorhergehenden Satz steuerfrei bleibende Betrag.

Die sich ergebenden Steuerbeträge werden auf 5 Pf. nach unten abgerundet. Steuerbeträge, die 80 Pf. für einen Monat oder 20 Pf. für eine Woche nicht übersteigen, werden nicht erhoben.

Beispiel: Ein verheirateter Angestellter mit drei Kindern und einem Gehalt von 250 Mk.:

Gehaltsbetrag	250,— Mk.
davon steuerfrei	80,— „
bleiben	170,— Mk.

hiervon viermal je 10 Proz. für

Frau und drei Kinder betragen 68,— Mk.

Da der Gesamtbetrag der vorkommend angeführten Mindestsätze für Frau und drei Kinder (10, 10, 20, 40 Mk.) 80 Mk. ergibt, also höher ist, bleibt diese letztere Summe steuerfrei. Es sind also zu versteuern 90 Mk., hiervon 10 Proz. ergeben 9 Mk. Steuern.

Ein verheirateter Angestellter mit drei Kindern und einem Gehalt von 500 Mk.:

Gehaltsbetrag	500,— Mk.
davon steuerfrei	80,— „
bleiben	420,— Mk.

viermal je 10 = 40 Proz. für Frau

und drei Kinder betragen 168,— Mk.

Der Gesamtbetrag der Mindestsätze ist 80 Mk., also weniger, somit bleibt die erstere Summe von 168 Mk. steuerfrei. Es sind also zu versteuern 252 Mk., 10 Proz. hiervon ergeben 25,20 Mk. Steuern.

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei Kindern und einem Wochenlohn von 48 Mk.:

Wochenlohnbetrag	48,— Mk.
davon steuerfrei	19,20 „
bleiben	28,80 Mk.

hiervon viermal je 10 Proz. für

Frau und drei Kinder betragen 11,52 „

bleiben 17,28 Mk.

hiervon 10 Proz. ergeben 1,70 Mk. Steuern pro Woche.

Oder:

Wochenlohnbetrag	48,— Mk.
davon steuerfrei	19,20 „
bleiben	28,80 „

steuerfrei:

Ehefrau 2,40 Mk.

1. Kind 2,40 „

2. Kind 4,80 „

3. Kind 9,60 „

bleiben 19,20 „

hiervon 10 Proz. ergeben 0,95 Mk. Steuern pro Woche.

Das letztere Steuerabzugsverfahren kommt, da es günstiger für den Steuerpflichtigen ist, in Frage.

Aus Berichten der Rußland-Delegation.

Der Genosse Lom, Hamburg, hat dort über seine Ergebnisse bei der Rußlandreise der deutschen Delegation berichtet, die auch er mitgemacht hatte, wie Kollege Berker, trotz Abwärtens der Parteileitung. Wir entnehmen dem Bericht im Hamburger Echo einige wesentliche Stellen, die den Wert solcher Führungen durch das russische Paradies etwas beleuchten. Zunächst sind die Betriebe in Rußland technisch und sanitär auf rüstständiger Stufe, so daß ein deutscher Arbeiter sich dort nicht wohl fühlen könnte. Die Löhne sind in Moskau einen Rubel monatlich geringer als in der Vorkriegszeit. Die Löhne der

gelernten Facharbeiter sind gut, die der ungelerten Arbeiter dagegen ziemlich gering. Gelernte Arbeiter sind 30 Proz., ungelerte aber 70 Proz. vorhanden, das Lebensniveau der letzteren sei ein sehr herabgedrücktes. In bezug auf die Arbeitszeit ist der Achtstundentag eingeführt. In der Schwerindustrie und der Gießindustrie wird nur 6 Stunden gearbeitet. Diese Arbeiter erhalten 4 Wochen Ferien, die übrigen 14 Tage. Die Arbeitszeit für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr beträgt auch nur 6 Stunden. Die Frauen müssen jedoch 8 Stunden arbeiten, auch ist in Russland die Frauenarbeit sehr stark verbreitet. An der Straßenbahn, an der Eisenbahn, in Holz- und Hochöfenwerken, in Schieferereien, sogar in den Bergwerken unter Tage arbeiten Frauen. In bezug auf die Arbeitsform herrscht in Russland unbeschränkter Arbeitsdienst. Die Betriebe leitet eine Direktion, an deren Spitze der technische und der rote Direktor steht. Der rote Direktor ist meist ein alter Arbeiter, der den technischen Direktor kontrollieren soll. Der Delegation wurde gesagt, das Zusammenarbeiten vollziehe sich ziemlich reibungslos, weil alles am Gelingen des Betriebes interessiert sei. Der Betriebsrat nimmt eine ganz andere Stellung ein als bei uns in Deutschland. Im allgemeinen mache sich in der russischen Wirtschaft ein großer Aufschwung bemerkbar, im Verkehrswesen herrscht der Pferdebahnverkehr vor, denn es gibt noch nicht so viele Automobile, doch funktioniert es in den Großstädten wie bei uns.

In der russischen Industrie herrscht die Angst, daß in der Arbeit nur nach Qualifikation bezahlt werden kann. Der Unterschied zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern in der Entlohnung habe zur Folge, daß sich die Jugendlichen leichter zur Erlernung einer Facharbeit entschließen. Auch die Frauen müssen Nacharbeit verrichten, sonst würden sie einfach aus den Betrieben verdrängt werden. Stillsche und moralische Bedenken kämen nicht in Betracht wie bei uns. Während der Schwangerschaft braucht die Frau nicht zu arbeiten.

Seit Jahresbeginn hat sich das Lohnniveau allmählich gehoben und die Arbeiter sind mehr und mehr zufrieden geworden.

Die Sowjetregierung läßt sich in der Tat und könne sich auf die Betriebe stützen. Sie habe auch den nationalen Widerheiten leistungsfähigere Bewegungen freigegeben, beispielsweise den Tataren und Wolgabewohnern. Die politische Meinungsfreiheit ist in Russland aufgehoben, so etwas gibt es nicht, doch dürfe man wirtschaftlich jetzt wieder Kritik üben, was bis vor kurzem nicht der Fall war.

Ueber die Befichtigung eines Gefängnisses in Sankt Petersburg berichtet Lonn, daß die politischen Gefangenen keine Aussicht geben wollten, weshalb sie im Gefängnis waren. Die Gefangenen wollten nicht mit der Sprache heraus und sagten nur, was nötig sei, wenn wir euch alles erzählen. Ihr seid hernach weit weg. Auch habe die mitgegebene Dolmetscherin nicht richtig übersetzt, das habe er in zwei Fällen ganz deutlich gemerkt.

Ueber die Behandlung der russischen Kommunisten in Deutschland seitens der Behörden, aber auch über ihr Verhalten scheint man in Russland tolle Geschichten verbreitet zu haben. Die größte Schuld an der Verhöhnung sollen die deutschen kommunistischen Delegierten haben, weil sie in ganz verlogener Art und Weise berichtet hätten, daß Deutschland resp. die Gewerkschaften und die Partei direkt auf einen Angriff Russlands warteten. Die deutsche Polizei kämpfe nicht gegen Diebe und Plünderer, sondern gegen die Kommunisten. Diese verlogenen Berichte würden zum großen Teil von den russischen Arbeitern als wahr geglaubt.

Die führenden russischen Genossen hätten dagegen zum Ausdruck gebracht, daß ein besseres Verhältnis zwischen Deutschland und Russland wünschenswert sei und angestrebt werden müsse.

Auf der Rückreise habe man schon in Petersburg versucht, die deutsche Delegation zur Annahme einer Entschädigung zu bestimmen, in der sich dieselbe einseitig zugunsten des Sowjetregimes festlegen sollte. Nur durch das energische Auftreten Lonn und seiner Freunde gelang es, die schärfsten Mißstände auszuheilen. Da nicht alle Delegierten zugegen waren, ist die Entschädigung trotzdem angenommen worden, die Kommunisten hätten aber bis jetzt keinen Gebrauch davon gemacht.

In einer Unterredung mit Sinowjew habe dieser gefragt, warum in Deutschland eine Verständigung mit den Kommunisten nicht möglich sei. Lonn habe erwidert, daran sind die Methoden schuld, mit welchen die Kommunisten die Sozialdemokraten bekämpfen. Mit Schlagworten wie Ebert, Noske, Scheidemann sind Verdräse, ist eine Verständigung nicht zu erzielen. Die große Masse der deutschen Arbeiter will nichts mehr von den Kommunisten wissen und steht in schärfstem Gegensatz zu ihnen. Ein objektiver Bericht über Russland würde sehr nützlich, denn neuen guten Eindrücken könnten zehn schlechte gegenübergestellt werden.

Die vielen Delegationen nach Russland stimmen alle dahin überein, daß man sie ausnahmslos überall großartig empfangen hat. Man bemüht sich geradezu krampfhaft, den Beweis zu erbringen, daß es in Russland für den Arbeiter besser ist als in Deutschland. Daß sich in Russland die Verhältnisse gebessert haben und weiter verbessern, liegt ja in der Entwicklungslinie, trotzdem sind sie keineswegs besser als hier bei uns. Diese Reisen nach Russland sind doch schließlich nur mißglückte Refamefahrten für die Sowjetregierung und werden den erhofften Erfolg nicht haben, den man von ihnen erwartet.

Die Arbeitslosigkeit im Verbands der Sattler, Tapezierer und Portefeuller Ende August 1925.

Von 194 Verwaltungenstellen mit 39 972 Mitarbeitern, davon 6489 weiblichen, haben 124 berichtet. Diese hatten 31 844 Mitglieder, davon waren 6171 weibliche. Nicht berichtet haben 70 Verwaltungenstellen mit 2128 Mitgliedern, davon 318 weiblichen.

Im letzten Arbeitsstag waren 2331 Mitglieder arbeitslos, darunter befanden sich 468 weibliche. Das sind 7,3 Proz. gegen 6 Proz. im Vormonat, eine Verschlechterung von 1,3 Proz., seit Monat Mai, wo die Arbeitslosenziffer 4,9 Proz. betrug, eine Verschlechterung von 2,4 Proz.

Auch die Kurzarbeit hat sich weiter ausgebreitet. Verkürzt arbeiteten:

	Zahl der Arbeiter männliche	weibliche	zusammen
1 bis 8 Stunden	450	198	648
9 bis 16 Stunden	766	292	1058
17 bis 24 Stunden	1486	403	1889
25 Std. und länger	78	8	81
	2780	896	3676

Das sind 11,6 Proz. gegen 11,2 Proz. im Vormonat und 7,6 Proz. im Mai, eine Verschlechterung um 4 Proz.

Neueren Meldungen zufolge scheint sich die Wirtschaftslage langsam etwas zu bessern.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie.

Brandenburg a. d. H. Die Aussperrung bei Reichstein ist nach zehnwöchiger Dauer durch Schiedspruch beendet.

Halle a. d. S. Die Aussperrung bei Rathe u. S. geht weiter.

Tapezierergewerbe.

Breslau. Der Lohnkampf geht weiter. Darmstadt. Teilschreit in den Stapelmöbel-Werkstätten wegen Anerkennung des Tarifs.

Haltet den Zugang zu den Streikorten fern!

Des weiteren sind die Differenzen bei Benz in Mannheim noch nicht beigelegt. Kein Kollege von auswärts darf dort Arbeit annehmen.

Schweinfurt. Bei der Firma Husam, Portefeullfabrik, sind Differenzen ausgebrochen.

Uebt Solidarität! Meidet diese Orte!

Rundschau.

Zum Preiswucher gesellt sich der Pluswucher. Wie die Kohlenpartelle Preiswucher treiben, haben wir in Nr. 38 berichtet. Die Banken treiben es jedoch noch toller. Hat da in Dresden ein Holzhändler von einer kleinen Bank ein Darlehen erhalten. Er mußte dafür an täglichen Zinsen zahlen zuerst 2 Proz., dann im Januar 1924 1 1/2 Proz., im Februar 1/2 Proz. Das sind Jahreszinsen in Höhe von 700, 525 und 262,5 Proz. Der Holzhändler ist an dieser Schuld zugrunde gerichtet worden und verlagte deshalb den Direktor der Bank. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte ihn zu 800 Mk. Strafe. Das Landgericht I jedoch sprach den Mann frei, der Berufung eingelegt hatte. Er habe in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen sein Verfahren für erlaubt gehalten.

Das ist ganz im Rahmen der bürgerlichen Moral gelegen, die es für erlaubt hält, dem Mitbürger im Rahmen der bestehenden Gesetze das Fell über die Ohren zu ziehen. Von dieser Gesellschaft haben die Arbeiter selbstverständlich nichts zu erwarten als Verwilderung und Ausbeutung, wo sie die geringste Bißze zeigen.

Verbandsnachrichten.

(Beschlussnahmen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 21. bis 27. September d. der 29. Wochenbeitrag fällig.

Ohne Saat keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik. Pünktliche Beitragszahlung stärkt unsere Kampfkraft!

Die Reichsarbeitsverhandlung für die Treibriemen findet am 20. September 1925 in Berlin statt.

Berlin. Am 22. September konnte unser Mitglied Heinrich Schwarz, Tischner, auf eine fünfjährige zwanzigjährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken.

Die Orte werden daran erinnert, daß die Berichtstarie über die Arbeitslosigkeit am Ort auszufüllen ist und der Hauptverwaltung eingesandt werden muß. Stichtag ist der 26. September.

Veranstaltungskalender.

Güstrow (Meckl.). Freitag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im „Restaurant zur Klause“. Erscheinen aller Kollegen ist Ehrenpflicht.

Krankentassenauswahl der Buchbinderkrankentasse in Berlin.

In letzter Stunde

appellieren wir nochmals an unsere Mitglieder, ihre Wahlpflicht bei der Krankentassenauswahl zu erfüllen. Die von den „Freien Gewerkschaften“ aufgestellte Liste beginnt mit den Namen:

Emma Bylowski,
Karl Gottesmann,
Erich Diebner,
Ferdinand Kiebert,
Hugo Holzweber,
Georg Blumberg,
Martha Aufst.

Diese Vorgenannten und die weiteren von uns aufgeführten, insgesamt 180 Vertreter, sind langjährige Funktionäre der Ortskrankentasse. Nur sie bieten auch die Möglichkeit, daß euch eure gesetzlichen Rechte unbeschnitten zugute kommen. Befürwortet Wahllegitimationen, ohne dabei ein Wahlrecht! Genügt eurer Wahlpflicht!

Die Wahl findet am

Sonntag, den 26. September,

in der Zeit von 1 bis 6 Uhr, im Lokal von Rathmann, Wilhelmstr. 118, und im Krankentassenbureau, Stralauer Str. 7/9, statt.

Gewählt wird aus der Liste der „Freien Gewerkschaften“ Nr. 21

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller, Ortsverwaltung Berlin, M. Blume.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, C. Priem.

Hagen i. W. Samstag, den 3. Oktober, feiert die Kollegenschaft ihr

27. Mottenfest

in sämtlichen Räumen der „Friedrichsstraße“. Alle Kollegen der umliegenden Verwaltungen sind freundlichst hierzu eingeladen. Anfang 7 1/2 Uhr. Das Festkomitee.

Achtung! Köln a. Rh. Achtung!

Am Samstag, den 10. Oktober, findet im renovierten, großen Volkshausaal unser diesjähriges

Stellungssest.

unter Mitwirkung namhafter Künstler, mit nachfolgendem Tanz statt.

Große Verloofung.

Beginn abends 7 Uhr. — Einlaß 6 Uhr. Karten zum Preise von 1 Mk. sind zu haben bei den Vertrauensleuten und auf dem Verbandsbureau.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Die Festleitung.

NB. Es werden nicht mehr Karten verkauft, da Sitzplätze vorhanden sind, daher frühzeitig mit Eintrittskarten versehen.

Sterbefall.

Berlin. Am 8. September verstarb das Mitglied Georg Hoppe, Tapezierer, im Alter von 45 Jahren.

Dresden. Hier starb die Kollegin Hedwig Münch, Weberwarenarbeiterin, im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.